

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

3.8.1928 (No. 180)

Expedition:
Korb-Friedrich-
StraÙe Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
C. H. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-StraÙe 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Haftung. Falls die Zeitung verpöht, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Rentahandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Mächte und der polnisch-litauische Konflikt

Polen strebt nach einem Mandat gegen Litauen
M. Berlin, 3. August. (Priv.-Tel.) Der polnisch-litauische Konflikt wird hier als außerordentlich ernst angesehen, da daraus leicht eine Aufrollung aller Ostprobleme, auch des russischen, entstehen kann. Zunächst hat man allerdings die Hoffnung, einen offenen Ausbruch zu verhindern zu können. Die französische Presse meldet, daß Polen die Absicht habe, die ganze Angelegenheit vor dem Völkerbund aufzurollen und ein Mandat gegen Litauen zu verlangen, was natürlich militärische Maßnahmen Polens im Namen des Völkerbunds bedeuten würde. Die Aussichten Polens haben sich namentlich durch das französisch-englische Einverständnis außerordentlich gebessert, da ja England bisher in dieser Frage eine vermittelnde Haltung einnahm. Der französische Einfluss auf England wird wahrscheinlich dadurch verstärkt werden, daß die neuen Botschafter Großbritanniens, sowohl in Berlin Herr Kumbel, wie in Paris Herr Tyrell, der bisher Unterstaatssekretär im britischen auswärtigen Amt war, durchaus frankophil eingestellt sind.

Zu der Meldung der „Chicago Tribune“, Deutschland habe einen Sondergesandten nach Paris entsandt, um den offenen Ausbruch des polnisch-litauischen Konflikts zu verhindern, erfahren wir, daß diese Behauptung jeder Begründung entbehrt. Die Frage ist vielmehr gesten in der Unterhaltung zwischen Herrn von Goesch und Briand in Paris ausführlich besprochen worden. Dabei wurden außerdem noch die Vorberatungen für Genf und der Zweibrüder Zwischenfall behandelt, während von der Rheinlanddrängung offensichtlich nicht die Rede gewesen ist.

Alarmnachrichten aus dem nahen Osten

Verschiedene Meldungen sprechen davon, daß Polen angeblich einen Überfall auf Litauen vorbereite, das sehr unluger Weise das in polnischer Hand befindliche, in Wirklichkeit nicht in litauischem, sondern in weißrussischem Gebiet gelegene Wilna immer wieder als litauische Landeshauptstadt reklamiert hat. Bisshubi soll Presseberichten gegenüber ganz offen erklärt haben, daß er spätestens im September in Rowno einmarschieren werde. Wenn dann unter dem Druck der polnischen Besatzung eine litauische Regierung zustande komme, die feierlich und für alle Zeiten schriftlich auf Wilna verzichte, dann sei er vielleicht (!) bereit, seine Truppen aus Rowno wieder zurückzuziehen.

Von jeher bestanden polnische Pläne auf Annexion Litauens, durch die Ostpreußen, das ja auch die Polen einstecken wollen, vollständig von Polen umklammert würde. Alle Alarmnachrichten sind freilich mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Polen behaupten, daß auf litauischer Seite allerorts Truppenbewegungen im Gange seien, auch die Freikorps sollen sich an verschiedenen Punkten sammeln, um ins Wilnagebiet einzurücken.

Besprechungen des Botschafters von Goesch mit Briand. Der deutsche Botschafter in Paris, von Goesch, hatte am Mittwoch mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Barthélemy, und am Donnerstag mit dem französischen Außenminister Briand, der für einige Tage aus seinem Urlaub nach Paris zurückgekehrt ist, längere Unterhaltungen, die verschiedene zwischen Deutschland und Frankreich und auf dem Gebiete der internationalen Politik schwebende Fragen zum Gegenstand hatten.

Masaryk bei Stresemann. Der Präsident der tschechoslowakischen Republik stattete Donnerstag mittag in Karlsbad dem deutschen Reichsminister des Außern, Dr. Stresemann, einen Besuch ab.

Der geschätzte Vaterlandsverräter. Gegen einen Dr. Reubert aus Winkel im Rheingau schwebt seit einigen Jahren ein großes Betrugsverfahren. Reubert hat während des Ruhrkampfes Summen, die in die Millionen gingen, nach dem Ausland verschoben und ist dann nach Frankreich geflüchtet. Die deutschen Behörden haben gegen Reubert ein Auslieferungsverfahren beantragt. Diesem Verfahren sollte stattgegeben werden, bis Reubert sich darauf berief, daß er im Ruhrkampf für Frankreich große Dienste geleistet habe. Daraufhin wurde der deutschen Behörde die Auslieferung verweigert.

Streikgefahr im polnisch-obererschlesischen Bergbau. Die Kohlenverhandlungen im ostoberschlesischen Bergbau, die sich bereits seit sieben Monaten ergebnislos hinziehen, haben die Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaften veranlaßt, einen Aufruf an die Bergarbeiter in Ostoberschlesien zu erlassen, in dem sie diese zur Kampfbereitschaft auffordern. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte in Kürze ein allgemeiner Generalstreik für den Bergbau ausgerufen werden; doch wird über diese Frage noch ein allgemeiner Betriebsrätekongreß beabsichtigt.

Letzte Nachrichten

Französische Zusicherungen an Kellogg

W.D. London, 3. Aug. (Tel.) Der Pariser Korrespondent der „Morning Post“ erfährt von gut unterrichteter Seite, dem amerikanischen Staatssekretär Kellogg seien durch das französische Außenministerium Zusicherungen gegeben worden, daß bei seiner Anwesenheit in Paris nur Fragen berührt werden sollen, die mit der Unterzeichnung des Kriegsverzichtspaktes zusammenhängen. Lediglich auf diese Zustimmung hin sei Kellogg in der Lage gewesen, die Pariser Einladung anzunehmen. Die amerikanische Botschaft habe sich darauf bezogen, daß die Anwesenheit des Staatssekretärs dazu benutzt werden könne, die Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden aufzuwerfen.

Primo de Riberas Reise nach Paris

W.D. Washington, 2. Aug. (Neuter). Die Meldung aus Madrid, daß General Primo de Rivera am 25. August nach Paris zur Unterzeichnung des Kriegsverzichtspaktes abreisen werde, hat bei den amtlichen Stellen des Washingtoner Staatsdepartements einiges Erstaunen hervorgerufen. Soweit bekannt, ist Spanien nicht formell eingeladen worden einer der ursprünglichen Unterzeichner des 15-Mächte-Paktes zu werden. Es wird indessen vermutet, daß der spanische Premierminister vielleicht nach Paris geht, um die Dokumente zu unterzeichnen, die notwendig sind, um Spaniens Beitritt zu dem Vertrage zu erklären, so daß Spanien die erste Macht sein würde, die neben den 15 ursprünglichen Signaturmächten dem Vertrage beitritt.

Der englische Botschafter Kumbold in Berlin

W.D. Berlin, 3. Aug. (Tel.) Der neuernannte großbritannische Botschafter Sir Horace Kumbold ist heute vormittag hier eingetroffen. In Vertretung des Chefs des Protokolls, Gesandten Köster, begrüßte Gesandtschaftsrat Klee vom auswärtigen Amt auf dem Bahnhof den Botschafter.

Zusammenstoß in Hamburg

W.D. Hamburg, 3. Aug. (Tel.) Anschließend an eine nationalsozialistische Versammlung, die am Donnerstagabend in dem Stabstimmungssaal stattfand, kam es in der Marktstraße zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Angehörigen des Reichsbanners. Ein 61jähriger Angehöriger des Reichsbanners und ein gleichaltiger Nationalsozialist erlitten Kopfverletzungen. Die Polizei nahm drei Nationalsozialisten fest.

Prozess wegen kommunistischer Ausschreitungen

W.D. Weusten, 3. Aug. (Tel.) Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich elf Kommunisten aus Vobref zu verantworten, die dort am 31. März gelegentlich einer Schlägerei schwere Ausschreitungen gegen die diensttuenden Polizeibeamten verübt hätten. Die Anklage lautete auf Aufruhr, Landes- und Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, gefährliche Körperverletzung und Bedrohung. Das Gericht verurteilte acht Angeklagte wegen Aufruhrs und gefährlicher Körperverletzung zu Gefängnisstrafen von drei Wochen bis zu neun Monaten. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Außenpolitische Debatte im Oberhaus

In der außenpolitischen Debatte im englischen Oberhaus bedauerte Lord Parmoor den allgemeinen und unklaren Charakter der Antwort des Chamberlains an Kellogg und erklärte, wenn der Kellogg-Pakt praktischen Wert haben solle, müsse ein starker und unparteiischer Gerichtshof in jedem einzelnen Falle darüber entscheiden, ob der Krieg ein Angriffskrieg oder Verteidigungskrieg sei. Die Antwort, die namens der Regierung von Lord Salisbury gegeben wurde, bedachte sich in den wesentlichen Punkten mit der Unterhausrede Chamberlains. Aber China äußerte sich Lord Salisbury im besonderen: Wenn Lord Parmoor verlangt, wir sollten anerkennen, daß es jetzt ein geeintes China gebe, so lebt er, Parmoor, in einer Welt der Träume. Die Wandschürei untersteht nicht der Kontrolle der nationalsozialistischen Regierung, und auch im übrigen China besteht keine Sicherheit, daß die Regierung die Generale zu kontrollieren vermag. Eine Klärung wird in dieser Hinsicht erfolgen, wenn die Absicht, die Heere zu demobilisieren, durchgeführt wird.

Das englische Parlament trat heute, Freitag vormittag, zu seiner letzten Sitzung in dieser Session zusammen und vertagte sich dann.

Die Untersuchung des Falles Jakubowski. Der Berliner Kriminalrat Genant, der im Auftrag des Untersuchungsrichters des Landgerichtes Neustrelitz die neuen Ermittlungen im Falle Jakubowski leitete, hat jetzt das Studium der Akten beendet. Die neue Untersuchung am Tator Balingen und die Jugendvernehmungen werden jetzt beginnen. Neben der Voruntersuchung gegen die drei verhafteten Geiseln, jetzt aber wieder freigelassenen, nimmt, so meldet die „Voss. Ztg.“, die Vorbereitung des Wiederaufnahmeverfahrens für den hingerichteten Jakubowski ihren Fortgang. Auf Grund der Bewollmächtigten der Eltern Jakubowskis haben die Rechtsanwälte Dr. Brand und Dr. Koch Akteneinsicht bei dem Landgericht Neustrelitz beantragt, um das Wiederaufnahmeverfahren empfehlen zu können.

Wirtschaftliche Umschau

Die englischen Kohlensubsidien und der deutsche Bergbau — Der Schenkerkonzern

In England will man dem notleidenden Kohlenbergbau aufs neue durch indirekte Subsidien helfen. Diese sollen den Eisenbahnen als Entgelt für entsprechende Frachtmäßigkeiten gegeben und dadurch vor allem Ausfuhr- und Bunkerfohle sowie Industriefohle begünstigt und verbilligt werden. Man rechnet mit Ersparnissen von 80 Pf. bis 1,20 M. pro Tonne. Die neue Subsidienpolitik ist auf das gemeinsame Drängen von Grubenbesitzern und Gewerkschaften zurückzuführen. Die Bahnen sollen übrigens veranlaßt werden, ihre Betriebe zu rationalisieren, und es werden davon die Frachtsubsidien abhängig gemacht. Des weiteren hofft aber auch die Regierung, daß durch die billigen Frachten das Zustandekommen eines englischen Kohlenkartells beschleunigt und erleichtert werde, ohne das man ja nicht zu internationalen Abmachungen, vor allem mit Deutschland und Polen, kommen kann.

Die englischen Subsidien stellen für den deutschen Kohlenbergbau, wie an dieser Stelle schon ausgeführt, eine neue Erschwerung dar, nicht nur bezüglich der Ausfuhr, sondern auch, wegen der niederen Seefrachten, bezüglich des Absatzes ins sogen. befristete Inlandsgebiet, das Gebiet, das den deutschen Seehäfen nabeliegt. Mit dieser Entwicklung hat sich bereits auch das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat in seiner letzten Mitgliederversammlung beschäftigt, sich als Gegner jeder Subventionenpolitik erklärt, aber von der deutschen Regierung verlangt, daß sie nunmehr mit ihrem ganzen Einfluß die Verkehrswünsche des Bergbaus unterstütze. Die Bestrebungen des englischen Bergbaus auf Zusammenhänge werden mit Sympathie verfolgt, da sie geeignet seien, schon in der ersten Etappe den ungesunden Wettbewerb zunächst unter den englischen Gruben zu beenden.

Die Reichsregierung sucht gegenwärtig nach Wegen, um eine Verringerung der deutschen Kohlenförderung zu verhindern, was auch mit Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes als dringendes Erfordernis bezeichnet wird. Eine Subventionierung kommt bei der deutschen Finanzlage nicht in Betracht, doch arbeitet man auf fruchtliche Erleichterungen hin, die den Absatz in das befristete Gebiet verbessern, und nicht nur dem Ruhrgebiet, sondern auch Deutsch-Oberschlesien und dem Mächener Steinkohlenrevier zugute kommen sollen.

Weniger als der Steinkohlenbergbau leidet der deutsche Braunkohlenbergbau unter der englischen Kohlenzufuhr. Sogar in den Hanfstaädten hat sich z. B. der Absatz an Hausbrandbriketts gehalten. Für August und September wurden Preiserhöhungen beschlossen, die übrigens, was Hausbrandbriketts anlangt, nur das Gebiet östlich der Elbe betreffen, und außerdem vom Reichswirtschaftsministerium beanstandet wurden. Die Erhöhungen für Industriebriketts, die den kleineren Teil des Absatzes ausmachen, wurden dagegen bewilligt, da das Schmalenbachgutachten für den Braunkohlenbergbau den Absatz an die Industrie vielfach als ein Geschäft unter Preis bezeichnet hat.

Zum Kohlenproblem kommt in England noch das Eisenproblem, das nun eine Spaltung im Kabinett und eine kurze Ministerkrise hervorgerufen hat. Die Eisenollwünsche der Industrie werden von den Konservativen unterstützt, fanden jedoch den Widerstand des Premierministers Baldwin, der vor allem eine durchgehende Nationalisierung der englischen Eisenindustrie verlangte, ehe hier Hilfsmaßnahmen der Regierung erfolgen könnten. Auch ist er für Einigung mit den ausländischen Konkurrenten und eine deutsch-englische Eisenkonferenz. Bemerkenswerterweise hat aber in einer Rede der englische Innenminister Johnson Hids gegen Baldwin Stellung genommen und erklärt, daß ein Industrieschutz 100 000 Arbeitern Erwerb bringen werde. Spätestens im nächsten Jahre müsse über die Schutzollfrage entschieden werden.

Der Konflikt im Kabinett wurde beigelegt, aber es ist festzustellen, daß die Schutzollbewegung in der englischen konservativen Partei gegenwärtig im Ansteigen begriffen ist. Die Schutzollfrage wird bei den kommenden Wahlen sicher eine sehr wichtige Rolle spielen. Die Opposition wendet sich praktisch gegen die Beschlüsse der Welt-

Mit der Beilage: 47. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

wirtschaftskonferenz, aber auch gegen den Premierminister Baldwin und den Finanzminister Churchill, welche letzterer vor kurzem entschieden für den Freihandel eingetreten ist.

Der Erwerb des sogenannten Scheuerkonzerns (der eine große Getreidehandelsgesellschaft, die Getreideindustrie- und Kommissions-A.-G. und die Deutsche Mühlenvereinigung mit acht großen westdeutschen Mühlen umfaßt), durch die Rentenbankkreditanstalt und die Preußenkasse, hat fogleich Proteste des Getreidehandels und der Produzenten hervorgerufen, wobei die Mannheimer Produktionsbörse besonders auf drohende Schädigungen für den gesamten süddeutschen Wirtschaftsbezirk hingewiesen hat. Außerdem aber wurden auch von nicht interessierter Seite Bedenken allgemeiner Art geäußert, da öffentliche Institute wie Rentenbankkreditanstalt und Preußenkasse ihre Hände von einem so riskanten Gebiet wie dem Getreideimportgeschäft am besten lassen.

Nun liegen auch Stimmen von Produzenten- und Konsumentenorganisationen vor. Das Zentralorgan der deutschen Bauernschaft glaubt, daß dadurch auf dem Gebiet des Getreideabzuges für die Landwirtschaft doch Vorteile entstehen können. Man sei weder für Zwangsverwirtschaftung noch für ein Getreidemonopol, halte es aber für möglich, einheitlichere und stabilere Getreidepreise zu schaffen, nachdem die landwirtschaftlichen Genossenschaften sich bisher an den Getreidebörsen gegenseitig Konkurrenz bereitet und die Preise gedrückt hätten. Es sei hier ein Weg gegeben, durch Zusammenfassung des Angebots solche Schäden auszuscheiden. Ablehnend verhalten sich bemerkenswerterweise vorerst die deutschen Konsumvereine, trotzdem ihrer Großverkaufsgesellschaft die Preußenkasse das Angebot gemacht hat, 20 Proz. ihrer Scheuerbeteiligung abzutreten. Vielleicht ist das auch darauf zurückzuführen, daß die Konsumvereine beabsichtigen, in Mannheim eine eigene Großmühle zu bauen. In einem Artikel des Zentralorgans der Konsumgenossenschaften wird erklärt, daß die Scheuertransaktion Anlaß und Möglichkeit zu einer gebundenen Wirtschaft im Sinne von Kontingentierungen und Konzessionierungen in der Mühlenindustrie geben könne. Die Konsumgenossenschaften, die schon jetzt Besitzer einer Anzahl von Mühlen sind (sie stellen allerdings nur 5 Proz. des gesamten deutschen Mehlbedarfs her), verlangten für sich freie Entwicklungsmöglichkeiten, die bei der Errichtung eines Zwangsartikels in der Mühlenindustrie nicht mehr gegeben seien. Die Großverkaufsgesellschaft der Konsumvereine müsse außerdem das Recht haben, zu kaufen, wo es ihr Interesse erfordere, und eine geschäftliche Notwendigkeit zur Übernahme von Aktien des Scheuerkonzerns bestehe nicht.

Der deutsche Getreidehandel hat auch durch seine Großorganisation, den Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands, zur Scheuertransaktion Stellung genommen und Aufklärung verlangt. Der Konzern, der bisher mit Inlandgetreide überhaupt nur in geringem Umfang gehandelt habe, sei ungeeignet, als Zentrale der genossenschaftlichen Handelsorganisationen zu fungieren. Der Handelsweg werde nur verlängert und die Ware verteuert. Die Mühlen des Konzerns lägen im Westen und seien weitgehend auf die Vermahlung von Auslandsgetreide angewiesen. Eine Stabilisierung der Getreidepreise habe auch die Getreidehandels-gesellschaft bisher nicht zustande gebracht. Auf dem vor allem vom Inland beeinflussten Roggenmarkt betrug die Schwankungen 1926/27 50 Proz., 1927/28 33 1/2 Proz., während der vom Weltmarkt ganz abhängige Weizen 1927/28 nur Schwankungen von 20 Proz. aufwies.

Für den Erwerb des Scheuerkonzerns wurde bisher von der Preußenkasse und der Rentenbankkreditanstalt nur die allgemeine Zielsetzung angegeben: Einschränkung auf den Getreideabzug unter Heranziehung der landwirtschaftlichen Genossenschaften zwecks Regulierung des Getreidemarktes. Die Verwirklichung denkt man sich zur Zeit anscheinend so, daß man eben je nach der weiteren Gestaltung der Dinge die angekauften Unternehmungen möglichst gut ausnützen und sie nach den Grundrissen der Privatwirtschaft betreiben will. Dazu müßte man vor allem die Scheuerische Handelsorganisation auf Inlandgetreide und Roggen umstellen. Auch denkt man wohl nicht an einen Zwang für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, ihr Getreide an die Unternehmungen abzugeben, sondern an eine freiwillige Zusammenarbeit. In ein ähnliches freiwilliges Verhältnis sucht man anscheinend auch mit den Konsumvereinen zu kommen. \*

Die Herbstmanöver der Besatzungsarmee. Im Gegensatz zu alarmierenden Meldungen in der französischen Presse, nach denen in diesem Jahr „besonders große“ Herbstmanöver der französischen Besatzungsarmee stattfinden sollen, wird aus Berlin gemeldet, daß von französischer Seite — anders als im Vorjahre — in diesem Herbst nur Truppenübungen kleineren Ausmaßes geplant sind. An den diesjährigen Herbstmanövern, die sich im September in der Gegend südlich von Trier bis zur Grenze des Saargebietes abspielen sollen, wird außer einigen Spezialtruppen nur eine Kavalleriedivision teilnehmen. Die Entwicklung der Angelegenheit wird von den zuständigen Stellen dauernd mit Aufmerksamkeit verfolgt.

Ein städtischer Sparkassenleiter vom Amt suspendiert. Der Leiter der städtischen Sparkasse in St. Ingbert (pfälz. Saargebiet) wurde vom Amt suspendiert, da er, wie eine Revision ergab, mit einer St. Ingberter Firma und drei im unbefestigten Gebiet ansässigen Firmen Geschäfte gemacht hat, indem er den drei Firmen mehr als 5 Millionen Goldmark Kredit einräumte, die er zur Verschleierung der Höhe der Summe in einer Reihe von Konten verbuchte. Die Stadt St. Ingbert will für die Gläubiger der Sparkasse in vollem Umfang eintreten.

## Eine Friedensrede Herriots

Herriot in Köln

Der franz. Unterrichtsminister Herriot gab Donnerstag mitlag den Kölner Behörden und einer Anzahl geladener Gäste ein Frühstück. In einer kurzen Ansprache dankte er den Erschienenen, insbesondere Oberbürgermeister Dr. Abenauer, den Behörden und der Presse. Die Schulen, Spitäler und die Verschönerungsanlagen der Stadt Köln bewunderte er rüchellos und betonte, daß er von allen Punkten den Blick auf den Kölner Dom gehabt habe, der wie eine Idee in der Mitte aller dieser Leistungen stehe. Herriot schloß mit den Worten: „Franzosen und Deutsche sind hier in einer Atmosphäre der Herzlichkeit und Ruhe und gemeinschaftlicher Arbeit vereint, auf deren Bestand ich trinke!“ Oberbürgermeister Dr. Abenauer dankte und trank darauf, daß die Atmosphäre der Ruhe und Herzlichkeit dieses Zusammenkommens wachse und ein immer größeres Maß annehme.

Nach dem Frühstück empfing Herriot die in Köln anwesenden Pressevertreter, wobei er betonte, daß eine seiner Hauptaufgaben als französischer Unterrichtsminister die sei, den kulturellen, intellektuellen Kontakt zwischen den beiden Nachbarvölkern Deutschland und Frankreich herzustellen und zu vertiefen. Der Minister betonte in diesem Zusammenhang seine guten Beziehungen zum preussischen Kultusminister Dr. Beder. Zum Schluß betonte Herriot nochmals, daß er alles getan habe und auch weiterhin alles tun werde, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu bessern und wies dabei auf seine Anwesenheit beim Beethoven-Fest in Bonn hin, die ebenfalls diesem Ziel gedient habe.

Im Anschluß daran fuhr der Minister mit seinen Begleitern zur Pressa, mit deren Besichtigung der Nachmittag ausgefüllt wurde.

Auf einem Festmahl, das die Stadt Köln in dem historischen Saal des alten Gürzenich zu Ehren des französischen Ministers Herriot und der Vertreter der deutschen und der französischen Presse gab, hieß Oberbürgermeister Dr. Abenauer Herriot und die übrigen Gäste herzlich willkommen.

In seiner Begrüßungsansprache erinnerte der Oberbürgermeister der rheinischen Hauptstadt an die lange und ereignisvolle Geschichte dieses Saales. Wir stehen an der Schwelle eines neuen Zeitalters, einer neuen Epoche der Menschheit. Dieses neue Zeitalter kann ein besseres werden, wenn die Gutgesinnten in allen Ländern es wollen. Wir werden in Abschnitten gehen müssen, und Rückschläge werden nicht ausbleiben. Es wäre eine Tragik ohnegleiches, ein namenlos Unglück für Europa und für die Menschheit, wenn diese beiden Völker, die Nachbarn sind, die sich in vielem gleichen, in vielem vortrefflich ergänzen, die auf wirtschaftlichem Gebiet keine Konkurrenten zu sein brauchen, den Weg zueinander, der sie miteinander verbindet, nicht finden würden.

Als Vertreter der Reichsregierung sprach der frühere Minister Küss, der Reichskommissar der Pressa. Er zitierte Herriots Worte, das sagt: Für den Frieden kann nur wirken, wer innerlich friedlich gestimmt ist. Größer noch als aller kriegerische Ruhm bleibt vor dem Nichter der Menschheit und der Gottheit der Dienst am Frieden. Ich vermag keinen Grund zu erkennen, warum die beiden großen Völker, Frankreich und Deutschland, sich künftig nicht gemeinsam in den Dienst friedlicher Höherentwicklung der Menschheit stellen könnten. Diese Entente cordiale zu gemeinsamem Menschheitsdienst wird sich um so fester einstellen, je eher und je zahlreicher in den äußeren Daseinsbedingungen und in den gegenseitigen Beziehungen die Spuren einer schmerzvollen Vergangenheit beseitigt werden.

In seiner Erwiderung auf die Begrüßungsansprachen begrüßte Herriot die Worte, mit denen der Vertreter der Reichsregierung den Friedenswillen des deutschen Volkes betonte. Für alle wahrhaft Zivilisierten sei die Zeit gekommen, in der die Kräfte, die so lange für die Werke des Todes benutzt worden sind, nun für die Werke des Lebens eingesetzt werden. Es geht nicht, so erklärte Herriot weiter, ohne ununterbrochenen Feldzug gegen Skeptizismus, gegen Spott und Dummheit, gegen sich erneuernde Vorstöße der Gewalt, ja, es gibt Gewissen, die noch zögern vor diesen neuen und sicheren Formen der Pflicht, und die man ermutigen muß. Ihnen, meine Herren, kann ich hier die Versicherung geben, daß das republikanische Frankreich von der Notwendigkeit einer stabilen Organisation Europas und der Welt durchdrungen ist. Frankreich weiß, wie groß der Anteil Deutschlands auf allen Gebieten von Wissenschaft, Kunst und Literatur ist. Wie könnte ich als Minister des öffentlichen Unterrichts die Größe der deutschen Gedanken verkennen? Wie könnte ich mich nicht erinnern, daß ein deutscher Philosoph wie Kant uns die Pflicht unserer Zeit gelehrt hat, indem er uns die Ehrlichkeit jenes moralischen Gesetzes lehrte, das von jetzt an das Leben der Völker beherrschen soll, wie es bisher schon das Leben des einzelnen regelt. Die Journalisten aller Länder, die diese herrliche, glänzende Stadt besuchen, mögen erkennen, wie unendlich große Rolle sie bei dieser materiellen und moralischen Neuorganisation der Welt zu spielen haben. Noch schwieriger mag es scheinen, ein Unternehmen zu Ende zu führen und allen Leidenschaften zu trotzen, um jenen Tempel der Menschlichkeit zu verwirklichen, den die härtesten und edelsten Geister hervorgebracht haben. Aber schon sind die Grundsteine gelegt. Unser aller ist die Aufgabe, die Frist zu fügen, um den Hoffnungen der Völker gerecht zu werden und das starke geistige Gebäude zu vollenden, in dessen Schutze die Massen aufstehen werden, sich zu hassen, um sich endlich kennen und lieben zu lernen.

Das Gnabengesuch für Oberstaatsanwalt Dr. Frieders abgelehnt. Das thüringische Staatsministerium hat, wie aus Weimar mitgeteilt wird, beschloßen, die Gnabengesuche des Oberstaatsanwalts Frieders, darunter auch das von Landtag überwiesene, abzulehnen.

Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten. Mittwochabend gerieten in Weiskau vier Reichswehrojoldaten mit sechs Zivilisten in einen Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete. Es sammelte sich eine Menschenmenge an, die eine drohende Haltung gegen die Soldaten einnahm, so daß diese sich mit ihren Seitengewehren verteidigen mußten. Dabei kam es zu leichteren Verletzungen einiger Passanten.

Beschränkung der päpstlichen Audienzen. Der Papst hat die Audienzen in seinen Gemächern auf ein Minimum beschränkt, da seine Fußverletzung noch nicht ganz ausgeheilt ist. Er empfing u. a. amerikanische Kompilger, hielt dabei aber keine Ansprache.

Austritt des belgischen Kammerpräsidenten. Der Vorsitzende der Kammer, Brunet, legte sein Amt und sein Abgeordnetenmandat nieder. Brunet vertritt den Wahlkreis Namur. Die Gruppe der radikalen Linken hat Brunet in einem Brief ihre lebhafteste Sympathie ausgesprochen und ihn gebeten, auf seinen Austritt zu verzichten. Ministerpräsident Jaspar tat das gleiche.

Eine Biluhfti-Brücke in Warschau. Der Warschauer Magistrat plant den Bau einer neuen großen Brücke über die Weichsel. Die Brücke wird 1 1/2 Kilometer lang sein und 50 Mill. Floty kosten. Sie soll den Namen „Marshall-Biluhfti-Brücke“ erhalten.

## Die Dinkelscherbener Katastrophe

Die Untersuchung

Die vom Reichsverkehrsministerium und von der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn zur Untersuchung der Ursachen der Dinkelscherbener Eisenbahnkatastrophe entsandte Kommission ist Donnerstag morgen in Berlin eingetroffen und hat dem Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dormmüller, über ihre Feststellungen eingehenden Bericht erstattet. Von den Verletzten befinden sich noch 10 in Lebensgefahr, doch hoffen die Ärzte, alle heilen zu können, so daß sich die Zahl der Todesopfer wahrscheinlich nicht mehr erhöhen dürfte. Die Eisenbahnstrecke bei Dinkelscherben ist wiederhergestellt, und der Verkehr konnte nach beiden Richtungen wieder aufgenommen werden.

Zu dem Antrag des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Fried, den Reichstag aus Anlaß der Eisenbahnkatastrophe sofort einzuberufen, wird aus Berlin mitgeteilt, daß der Abg. Fried so wenig wie die Nationalsozialisten auf Grund der Geschäftsordnungsbestimmungen berechtigt ist, überhaupt Anträge zu stellen, da die Nationalsozialisten keine Fraktionsstärke haben. Außerdem müßte nach der Verfassung ein Antrag auf Einberufung des Reichstages von mindestens einem Drittel der Reichstagsabgeordneten gestellt werden, und nur der Reichstagspräsident hat allein berechtigt, ohne weiteres den Reichstag zusammenzurufen.

Bayerische Erklärungen

Die bayerische amtliche Pressestelle wendet sich in einer amtlichen Aussage gegen die Angriffe, die anlässlich des Eisenbahnunglücks von Dinkelscherben in einem Teil der Presse gegen den bayerischen Staat gerichtet worden sind. Diese Angriffe gehen von der angebliehen Äußerung des Generaldirektors der Reichsbahn, Dr. Dormmüller, über ein bayerisches Reservatrecht aus, das an dem Unglück die Schuld tragen solle. Die Äußerungen Dr. Dormmüllers seien aber unrichtig wiedergegeben worden. Er habe von einem bayerischen Reservatrecht überhaupt nicht gesprochen. Der Staatsvertrag enthalte auch keine Bestimmungen, die sich aus dem Bahnbetrieb selbst bezögen. Es könne daher von einem bayerischen Reservatrecht gar nicht gesprochen werden. Wenn jetzt hier und da versucht werde, aus dem beklagenswerten Unglück politisches Kapital gegen Bayern zu schlagen, so müsse diese Verirrung des politischen Kampfes nachdrücklich zurückgewiesen werden.

Die Zugkatastrophe bei Le Mans

W.D. Paris, 2. Aug. Wie Havas aus Le Mans berichtet, hat der Untersuchungsrichter einen Haftbefehl gegen den Lokomotivführer des entgleisten D-Zuges unter Anschuldigung fahrlässiger Tötung erlassen. Es scheint nämlich festzustellen, daß die Entgleisung auf die zu große Geschwindigkeit beim Einfahren des Zuges in den Bahnhof Le Mans zurückzuführen ist.

Eisenbahnunglück in letzter Minute verhütet

Durch die Aufmerksamkeit eines Lokomotivführers ist, wie das „B. L.“ meldet, Donnerstagabend auf dem Bahnhof Würzburg ein neues Eisenbahnunglück verhindert worden. Der Vorzug des beschleunigten Personenzugs Frankfurt a. M. — Würzburg mußte, weil alle Geleise außerordentlich dicht besetzt waren, in eines sonst von ihm nicht benutztes Geleis einfahren. Dabei bemerkte der Lokomotivführer Hofner aus Frankfurt a. M. gerade noch rechtzeitig, daß auf diesem Geleis eine Wagengruppe abgestellt war. Es gelang ihm zum Glück, seinen Zug noch etwa 100 Meter vor diesen Wagen zum Halten zu bringen. Untersuchung ist eingeleitet.

## Deutschland in Amsterdam

Der anlässlich der Olympischen Spiele in Amsterdam veranstaltete große internationale Kunstwettbewerb war für die deutschen Teilnehmer, die die meisten Preise erzielen konnten (nämlich einen ersten, zwei zweiten und fünf dritte), ein großer Erfolg. Wie im Olympischen Stadion bekannt gegeben wurde, erhielt in der ersten Abteilung (Architektur) der Deutsche Vessel den ersten Preis. In derselben Gruppe erhielt M. Länger den dritten Preis. In der zweiten Abteilung (Literatur) war Vinding zweiter Preisträger in der Gruppe der literarischen Werke. In der Gruppe der epischen Werke wurde F. Weiz mit dem zweiten Preis ausgezeichnet. In der vierten Abteilung (Malerei) erhielten W. Klemm in der Gruppe der Gemälde und M. Feldbauer in der Gruppe der Graphik je einen dritten Preis. In der fünften Abteilung (Bildhauerei) wurden der deutsche Bildhauerin Gintenis und dem deutschen Bildhauer E. Scharf je ein dritter Preis zugesprochen. Deutschland steht in der Zahl der von ihm erlangenen Preise (acht) an allen teilnehmenden 17 Nationen weitaus an erster Stelle. An zweiter Stelle folgt Holland mit 4 Preisen (2 ersten, einem zweiten und einem dritten Preis), dann folgt Frankreich mit einem ersten, zwei zweiten und einem dritten, hierauf England mit einem ersten und einem zweiten und Dänemark mit einem ersten und zwei zweiten Preisen. Von den übrigen teilnehmenden Nationen haben Österreich, Schweiz, Ungarn, Luxemburg, Italien und Polen nur einen oder zwei zweite oder dritte Preise erringen können.

Die Bekanntmachung der Ergebnisse erfolgte im Beisein von etwa 25000 Zuschauern Donnerstag nachmittag im Stadion durch das Hochziehen der betreffenden Landesfarben an den olympischen Fahnenmasten und das gleichzeitige Abspielen der betreffenden Nationalhymne und gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Zeremonie.

## Der Fall Bauer

Wie von zuständiger Seite in Zweibrücken mitgeteilt wird, hat die Besatzungsbehörde erklärt, daß die Voruntersuchung gegen den Kriminaloberwachmeister Bauer noch nicht abgeschlossen ist und daher der auf Donnerstag festgesetzte gemeinsame Verhandlungstermin vor dem Kriegsgericht Landau vertagt werden mußte. Der Einspruch Bauers gegen den ihm im Gefängnis übermittelten Ausweisungsbefehl ist ebenfalls noch nicht entschieden. Der Verteidiger, Dr. Führ, hat eine eingehende Begründung zum Einspruch an die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz gerichtet, wo die Entscheidung fällt.

Die zuständigen deutschen Behörden sind überzeugt, daß Bauer, der nicht selbständig, sondern lediglich auf Weisung und unter Kontrolle der Zweibrücker Staatsanwaltschaft als deren Hilfsbeamter die Untersuchung führte, sich keinerlei Pflichtverletzung hat zuschulden kommen lassen. Dies wäre bei einer Kriegsgerichtsverhandlung einwandfrei erwiesen worden. Es besteht begründete Hoffnung, daß auch die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz sich von der Haltlosigkeit der Anschuldigung überzeugt. Das Vorgehen gegen Bauer richtet sich im vorliegenden Falle nicht nur gegen die Polizei im engeren Sinne, sondern auch gegen die pfälzische Staatsanwaltschaft. Beim jetzigen Stand der Dinge ist eine günstige Erlebigung zu erwarten.

# Badischer Teil

## Eine Kundgebung für die besetzten Gebiete

Am Donnerstag erfolgte im kleinen Festhallsaal in Karlsruhe die offizielle Eröffnung des 48. Verbandstages der katholischen kaufmännischen Vereinigungen Deutschlands, die sich zu einer imposanten Kundgebung für die besetzten Gebiete gestaltete. Neben Hunderten von Delegierten waren u. a. anwesend: Justizminister Dr. Trunk für die badische Staatsregierung, die Bürgermeister Sauer und Schneider für die Stadt Karlsruhe, Ministerialrat Dr. Scheffelmeier für das badische Ministerium des Innern, ferner der Präsident der Oberpostdirektion, Gef. Rat Lämmlein, Stadtdelant Hr. Dr. Stumpf, eine Reihe von Abgeordneten der Zentrumsfractionen des Reichstags, der Landtage von Preußen, Baden und Hessen, Generalkonsul Stadtrat Mensinger für den Deutschen Industrie- und Handelsstag, Vertreter der Arbeitgeberverbände usw.

Der Verbandsvorsitzende J. Kraus, Witten (Ruhr), hieß die Kongreßteilnehmer in herzlicher Weise willkommen, insbesondere die Gäste, worauf er betonte, daß sich der Verband als Leitmotiv der Tagung die Notlage der Grenzlande gewählt habe. Der Verband stelle sich bewußt auf die Seite derer, die die baldige Wiedervereinigung, der abgetrennten Gebiete mit dem Mutterlande fordern, die für die Auslandsdeutschen das Selbstbestimmungsrecht erkämpfen und nicht ruhen wollen, bis das verweigerte Recht auf allen Gebieten wiederhergestellt ist. Mit allen Fasern des Herzens sehne man den Tag herbei, an dem nicht nur die Vertreter des Saargebietes, Danzigs und Oberschlesiens wieder in den Deutschen Reichstag einziehen, sondern auch die Vertreter Ostpreußens neu einziehen. Entsprechend der Lösung des Reichstages stimmte die Versammlung begeistert dem Vorschlag zu, als Präsidenten den Senator Karl Fuchs, Danzig, zum 1. Vizepräsidenten den Verlagsdirektor Josef Hall, Saarbrücken, zum 2. Vizepräsidenten den Verlagsdirektor Stante, Ratibor, zu wählen.

Senator Fuchs dankte für diesen Ausdruck des Vertrauens und gab die Versicherung ab: Trotz der Abtrennung Danzigs vom Reich ist und bleibt unser Herz deutsch. Die Versammlung quittierte mit stürmischen Beifall. Das gleiche Beifallstimmte kam aus dem Munde des Verlagsdirektors Hall für das Saargebiet. Nachdem noch Herr Stante im Namen Oberschlesiens für die Wahl gebankt hatte, hielt der Verbandsvorsitzende Dr. Wages, Essen, ein Referat über die wirtschaftliche Bedeutung der besetzten Gebiete unter besonderer Berücksichtigung der Bergwerke.

Er warf einen Rückblick auf die schweren Nachkriegsjahre und gab ein erschütterndes Bild der politischen und wirtschaftlichen Lage des besetzten Gebietes, ein Zustand, der mit der Kultur des 20. Jahrhunderts nicht in Einklang stehe. Mit Zuschüssen und Krediten, Gaben und Almosen werde dem besetzten Gebiete letzten Endes nicht geholfen. Wenn man von den Einwirkungen der Besetzung absehe, so liege die Lösung des ganzen Problems auf verkehrspolitischen Gebieten. Notwendig sei eine gütigere Gestaltung der Frachttarife. Aus seinen Darlegungen folgert der Redner, als erstes und wichtigstes Erfordernis: Die Besetzung muß verschwinden. (Beif. Beifall.) Das deutsche Volk in allen seinen Bevölkerungsschichten müsse sich zu großen Kundgebungen erheben und immer lauter verlangen, daß dieser unsinnige und unbedingte Druck von uns genommen werde. Die deutschen Kaufleute ihrerseits sollten die bedrängten Händler in den Grenzländern durch Aufträge unterstützen. Man möge auch die Wäber des besetzten Gebietes aufsuchen. Schließlich dürfe man nicht vergessen, daß es ein altes deutsches Kulturland ist, um das es sich handelt.

Nachdem der lebhafteste Beifall verklungen war, nahm Minister Dr. Trunk das Wort, um die Größe des Staatspräsidenten und der Staatsregierung zu überbringen. Er erinnerte daran, daß sich auch die Verhältnisse für Baden ungünstiger gestaltet hätten, seitdem es zum Grenzland geworden sei. Darüber hinaus dürfe man die Schwierigkeiten der deutschen Gesamtwirtschaft nicht verkennen. Der deutsche Konsum müsse Solidarität üben, um unsere Handelsbilanz nicht weiter zu verschlechtern. Die badische Regierung werde den Verhandlungen aufmerksames Gehör schenken. (Beif. Beifall.)

Erster Bürgermeister Sauer begrüßte den Verbandstag im Auftrage des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß Karlsruhe als Tagungsort gewählt wurde, und knüpfte daran den Wunsch, daß die Teilnehmer in unserer schönen Stadt auch angenehme Stunden der Erholung erleben möchten.

Gef. Rat Lämmlein betonte das Verbundensein von Reichspost und Wirtschaft. Generalkonsul Stadtrat Mensinger betonte das Interesse, das Industrie und Handel an den Beratungen nähmen.

Reichstagsabgeordneter Hofmann, Ludwigshafen, sprach für die Zentrumsfraction des Reichstags und der Landtage von Preußen, Baden und Hessen. Er stellte fest, daß der deutschen Grenzpolitik in den letzten Jahren kein besonderer Erfolg beschieden war. Fast hätte man an der West- und Ostgrenze einen zweiten Krieg verloren. In unserer modernen Zeit könne man die Grenzen nur durch Kultur und Wirtschaft schützen. Das Ministerium für die besetzten Gebiete solle im Herbst zu einem solchen für die besetzten und Grenzgebiete erweitert werden. Die Ausschüsse für den Osten und Westen würden im Interesse der Grenzpolitik zusammengelegt. Die Abgeordneten wollten an den Beratungen teilnehmen, um die Resultate in die Parlamente hineinzutragen und gesetzgebend auszuwerten.

Nach einem kurzen Schlusssatz des Präsidenten Fuchs und dem Gesang des Deutschlandliedes ging die Versammlung auseinander.

Nachmittags folgte im kleinen Festhallsaal die erste geschlossene Delegiertenversammlung. Verbandsvorsitzender Dr. Wages erstattete den Tätigkeitsbericht. Nach Erlebigung der Regularien wurde dem Vorstand Entlastung erteilt, dann der Haushaltsplan genehmigt und ein Bericht des Verbandsgeschäftsführers Winkel über den Stand der Altersrenten und Sterbefälle entgegengenommen. — Den Abschluß des Tages bildete eine Begrüßungsfeier im großen Festhallsaal, veranstaltet vom katholischen kaufmännischen Verein „Fidelitas“ in Karlsruhe.

Anzeigen der Erwerbslosenziffer. Die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitsuchenden betrug am 25. Juli d. J. 12 844 (8681 männl. und 4163 weibl.); davon entfielen auf den Stadtbezirk 9934 und auf den Landbezirk 2910. Von den Hauptunterstützungsbefähigten erhalten 5069 Arbeitslosenunterstützung und 662 Krisenunterstützung. Der Arbeitsmarkt zeigte in den letzten drei Wochen in fast allen Berufsgruppen eine rückläufige Tendenz.

## Verband badischer Gemeinden

Der Verbandsvorstand hielt am 31. Juli in Reichshausen eine Sitzung ab, in der — wie mitgeteilt wird — u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

1. **Gasfernversorgung.** Der Vorstand nimmt von dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen in der Studentenkommision Kenntnis. Zunächst wird sich die Tätigkeit des Verbandsvorstandes im Hinblick auf die Kreditnot darauf beschränken müssen, die Gemeinden, welche die Gasversorgung einführen wollen, zu beraten. Diese sollen ersucht werden, den Entwurf der Gasversorgungsverträge zur Begutachtung an den Verband einzusenden. Von den Städten, welche Gas an die Verbandsgemeinden weitergeben, wird erwartet, daß sie dies ohne erheblichen Zwischengewinn tun.

2. **Wertzunachsteuer.** Der Vorstand beschließt, dafür einzutreten, daß die Wertzunachsteuer im ganzen Land obligatorisch eingeführt wird.

3. **Beizug der Gemeinden zu den Kosten der Land- und Kreisstraßen.** Die Änderung des Straßengesetzes in dem vom Badischen Landtag gewünschten Sinne entspricht nicht dem berechtigten Verlangen der Landgemeinden. Daher soll abermals eine Vorlage an den Badischen Landtag erstattet werden.

4. **Erschließungen der Gemeinden und Grundeigentümer für die Arbeiten der Vermessungsämter und sonstigen technischen Staatsbehörden.** Der Vorstand beschließt, abermals an die Regierung heranzutreten, um eine Ermächtigung der Gebührensätze für die Arbeiten der Vermessungsämter usw. herbeizuführen.

5. **Gehobene Fürsorge.** Der Vorstand nimmt Kenntnis von dem Antrag des Vorstands der ländlichen Bezirksfürsorgeverbände an die Regierung vom Januar 1928 und beschließt erneut, für die Milderung der gehobenen Fürsorge an die Gemeinden einzutreten und die Bezirksverbände des Verbandes mit entsprechendem Material zu versehen.

6. **Vertreter der öffentlichen Körperschaften in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter.** Die Vorschläge für die Ernennung der Vertreter der kleineren Gemeinden in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter werden genehmigt.

7. **Verfahren gegen Bürgermeister Menges, Gernsbach.** Der Verbandsvorstand war auf Grund eigener Kenntnis und Prüfung stets einmütig davon überzeugt, daß das gegen Herrn Bürgermeister Menges, Vorsitzenden des Verbandes bad. Gemeinden, eingeleitete Gerichtsverfahren nur in günstigem Sinne erledigt werden könne. Der Vorstand nimmt daher mit Befriedigung von der nun erfolgten Freisprechung und völligen Rechtfertigung durch das Urteil des Großen Schöffengerichts Karlsruhe vom 19. 7. 28 Kenntnis, spricht aber zugleich sein Bedauern und seine Mißbilligung über die Art und Weise der Einleitung, Durchführung und Verschleppung der Vorverfahrens, sowie über die völlig unbegründete Anordnung der einseitigen Dienstenthebung durch den Landrat des Bezirks Rastatt aus, und weist auch dessen Einmischung in Verbandsangelegenheiten entschieden zurück. Dem Verbandsvorstand wird erneut das vollste Vertrauen ausgesprochen, in der Erwartung, daß er auch fernerhin die Interessen der Landgemeinden in der seitigeren tatkräftigen und erfolgreichen Weise unbeirrt wahrnimmt.

8. **Stellvertretung des Verbandsvorsitzenden.** Das Vorstandsmittglied, Bürgermeister Sauer, Schwarzach, wird zum weiteren Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden ernannt.

## Handelshochschule Mannheim

DJ. Mannheim, 3. Aug. Durch das Ausscheiden Prof. Dr. Köhler's aus dem Lehrkörper der Mannheimer Handelshochschule wurde die Verlegung der kaufmännischen (betriebswirtschaftlichen) Abteilung des „Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk“ nach mehr als 7-jähriger Tätigkeit in Mannheim notwendig. Es ist beabsichtigt, die genannte Abteilung mit der „Arbeitsgemeinschaft für Handelsforschung“ und dem „Forschungsinstitut für Handelskultur“ in Hannover zu vereinigen. Der Sitz dieser Vereinigung wird Berlin sein, die Leitung behält Prof. Dr. Köhler, Bonn. Die kaufmännische Abteilung wurde seinerzeit von Prof. Dr. Köhler im Rahmen des betriebswirtschaftlichen Instituts gegründet. Die Handelshochschule Mannheim war die erste deutsche Hochschule, die einem Forschungsinstitut für Handelsfragen Räume zur Verfügung stellte. Die technische Abteilung bleibt vorläufig unter Leitung von Oberregierungsrat Dr. Bucerus in Karlsruhe.

## Internationaler Kongreß der religiösen Sozialisten

Der Mittwochabend wurde in Mannheim abgeschlossen durch eine öffentliche Versammlung, in der ein Schweizer und ein holländischer Redner über die Entwicklung der Bewegung in ihren Heimatländern sprachen.

Am Donnerstag wurden die Beratungen eingeleitet mit einem Referat von Prof. Nagas, Zürich, über die Bewegung in der Schweiz, die 1906 in die Erscheinung trat und die die Kirche auf ihre Verpflichtung gegenüber der geistigen u. materiellen Lage des Proletariats hinwies. In der folgenden Aussprache wurde lebhaft die Frage der Aufnahme katholischer Sozialisten in den Bund behandelt, ohne daß es zu einer Klärung kam. Es schloß sich ein Referat über das Hochschulleben der religiösen Sozialisten, dem Habertshof an, eine Sieblung, die auf religiöser, sozialistischer und genossenschaftlicher Grundlage geleitet wird. Am Nachmittag begrüßte der Würdiger Theologe Prof. Wüßke die Notwendigkeit, die Bestrebungen durch Schaffung einer gerechteren Wirtschaftsordnung auch vom Standpunkt der christlichen Nächstenliebe aus zu unterstützen.

## Gemeinde-Rundschau

Mannheim im Jahre 1929. Um regelmäßige Ausstellungen nach Mannheim zu bringen, ist jetzt die Errichtung einer Ausstellungshalle auf einem von der Stadt bereitgestellten Gelände in mittlerer Größe in Aussicht genommen. Im kommenden Jahre steht für Anfang Mai die Eröffnung des neuen städtischen Hotelbaus (Palasthotel) bevor, für Sommermitte die Inbetriebnahme des neuen Bahnhofsgebäudes. Außerdem fallen in das Jahre 1929 das 150-jährige Jubiläum des Mannheimer Nationaltheaters, verbunden mit einer Theaterausstellung, ferner eine Gedächtnisfeier an die Vorgänge der Revolutionsjahre 1848/49. An größeren Gebäuden dürfte ein großes Warenhaus in der Kunststraße neben dem Haus „Sant und Seide“ in Angriff genommen werden, ebenso voraussichtlich ein neues Gebäude für die Driskantentasse am Brückenkopf der Friedrich-Eberl-Brücke zur Errichtung kommen. Die Kunsthalle wird im Frühjahr eine größere Ausstellung aufnehmen. Auch werden die Konsumgenossenschaften in Mannheim tagen. — Planvolle Rücksicht nehmende Umgestaltung der Plätze Mannheims abzuleiten, können ihre Verwirklichung nur allmählich, das heißt, über eine ganze Reihe von Jahren verteilt, erhalten. Der Bau der erstklassigen geplanten Mädchenfortbildungsschule dürfte schon in nächster Zeit begonnen werden.

Der Bürgerausschuß Mannheim hat der Erhöhung der Preise der Fahrscheinbette um etwa 10 Proz. zugestimmt. Für Arbeiter und Angestellte unter einem Einkommen von 80 bzw. 260 RM wöchentlich bzw. monatlich, werden die Fahrscheinbette zum alten Preis abgegeben. Die Straßenbahn weist bis jetzt ein Defizit von 80 000 RM auf. Die geschätzten Einnahmen haben sich, wie vom Oberbürgermeister und vom Straßenbahndirektor mitgeteilt wurde, als zu hoch erwiesen. Mit 48 gegen 30 Stimmen wurde die Erhöhung der Preise der Fahrscheinbette gebilligt.

Der Heidelberger Gastarif. Der Stadtrat Heidelberg hat beschlossen, mit sofortiger Wirkung einen verbilligten Sondertarif für Industrie-, Gewerbe- und Raumbheizgas einzuführen.

Der Weinheimer Voranschlag abgelehnt. Der Bürgerausschuß in Weinheim befaßte sich auf Veranlassung des Landeskommissärs zum zweiten Male mit der Voranschlagsberatung. Trotz der längeren Erklärungen des Oberbürgermeisters Hügel, die in der Aufforderung gipfelten, im Interesse des Ansehens der Stadt und zur Wahrung der Rechte der Selbstverwaltung in die Einzelberatung einzutreten und sodann den Voranschlag zu genehmigen, blieben die Sprecher der Bürgervereine, der Nationalsozialisten und der Kommunisten bei ihrer ablehnenden Haltung. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Voranschlags mit 26 gegen 26 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten. Die Folge davon ist, daß der Etat der Stadt Weinheim durch den Beirat des Landeskommissärs zwingend festgesetzt wird.

Der Kreisvoranschlag Mosbach. Am Montag, den 10. August, findet in Mosbach die diesjährige ordentliche Kreisversammlung statt. Nach dem Voranschlag betragen die Ausgaben 1 175 000 RM (im letzten Jahre 890 100 RM), die Einnahmen 655 000 RM (603 000), so daß ein ungedeckter Aufwand von 520 000 RM (887 100) verbleibt. Zur Deckung des ungedeckten Aufwandes sollen erhoben werden vom Grundbesitz 16 Pf., vom Betriebsvermögen 64 Pf. und vom Gewerbebeitrag 1,20 Reichsmark.

Gasversorgung des Taubertals. Die Verhandlungen über die Gasversorgung des Taubertals zwischen den Gemeinden Lauda, Tauberbischofsheim und Bad Mergentheim einerseits und der Stadt Würzburg andererseits sind zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Bad Mergentheim garantiert 250 000 Kubikmeter, Lauda und Tauberbischofsheim im ersten Jahre je 75 000 Kubikmeter und im zweiten Jahre je 100 000 Kubikmeter Gasabnahme. Mergentheim und Tauberbischofsheim führen ihr Rohrnetz selbst aus. Das Rohrnetz für Lauda wird von Würzburg ausgeführt und nach fünf Jahren von der Gemeinde käuflich übernommen. Mergentheim hat dem Vertrag bereits zugestimmt, während die Erklärungen von Lauda und Tauberbischofsheim noch ausstehen.

Bürgermeisterwahl. In Rheinhausen (Brudal) ist der Ratsschreiber Karl Böllinger mit 360 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Neues Spartaflagengebäude in Forzheim. Das neue Verwaltungsgebäude für die städt. Spartaflagengebäude wurde durch Oberbürgermeister Gündert im Rahmen einer größeren Feierlichkeit, der auch Vertreter der Regierung beiwohnten, seiner Bestimmung übergeben.

Die Wasserversorgung von Neustadt (Schwarzwald). Die Fassung der vier Fährbachquellen konnte in den letzten Tagen beendet werden. Die Arbeiten für die Pumpstationen wurden nun vergeben, so daß, wenn die Pumpe in den nächsten Tagen eintrifft, sie in etwa 10—14 Tagen in Betrieb genommen werden kann. Als Antreiberkraft für das Pumpwerk steht billige Überdruckkraft, vorwiegend Nachstrom, vom städtischen Elektrizitätswerk zur Verfügung. Durch die Fassung der Fährbachquellen wird es möglich sein, die Hochbehälter zu füllen und dem Wasser in der Leitung den nötigen Druck zu geben. Das Wasser wird aber auch ausreichen, um noch ein weiteres, größeres Reservoir (etwa an der Fährbach) zu füllen, dessen Erstellung sich immer mehr als eine dringende Notwendigkeit erweist.

Der Bürgerausschuß Schiltach hat mit allen gegen eine Stimme die Umlage für 1928 wie folgt genehmigt: Grundvermögen 78 Pf., Betriebsvermögen 29 Pf., Gewerbebeitrag 4,34 RM, Gewerbebeitrag über 10 000 RM 5,42 RM. Auch der Verlängerung des Elektrizitätsvertrages mit der Firma Kottin & Co. auf weitere drei Jahre wurde zugestimmt.

Aus dem Bericht der Bezirksparlatte Bonndorf ist zu entnehmen, daß das Institut den alten Spareinlegern aus dem Reingewinn von 1927 weitere 2½ Proz. für die Aufwertung der Einlagen gutgeschrieben hat, so daß die Bezirksparlatte bis jetzt 15 Proz. Aufwertung gewähren konnte. Der Umsatz betrug im Jahre 1927 15 Millionen RM und hat den Vorkriegsumsatz (1913) bedeutend überschritten. Das Reinvermögen ist auf rund 70 000 RM angewachsen.

## Zeitschriftenschau

Deutsche Agrarpolitik. Die große Krise, die an der Jahreswende über die Landwirtschaft hereingebrochen ist, verlangt es, daß die deutsche Agrarpolitik bei der Bedeutung der Landwirtschaft für das deutsche Wirtschaftsleben mehr als bisher vereinheitlicht und die Interessengegenstände der verschiedenen Wirtschaftsgruppen aufgelöst werden. In Heft 4 der Vierteljahrsschrift von „Reich und Länder“ ist neben nun eine ausführliche Darstellung aus der Feder des bekannten Dr. E. Rosenbrod erschienen, der die staatlichen Maßnahmen im Jahre 1927 untersucht und damit eine genaue Beurteilung der Lage zuläßt. Aber nicht nur in der Landwirtschaft ist eine Vereinheitlichung notwendig, sondern auch das deutsche Fortwirtschaftsrecht verlangt dringend eine Vereinfachung. Auch hierüber berichtet ein Sachkenner, Professor Dr. Friedrich Raab, in einem mit vielen Tabellen versehenen Aufsatz. Daran schließen sich Länderberichte aus Baden, Bremen, Oldenburg, Sachsen, Schaumburg-Lippe an, durch die nimmere der gesamte Jahrgang der Zeitschrift einen geschlossenen Überblick über das Reich und die Länder in ihrer Gestaltung im Jahre 1927 gibt. Die Zeitschrift, die der Notwendigkeit nach einer laufenden innerdeutschen Rechtsvergleichung entgegenkommt, schließt mit diesem 4. Heft ihren ersten Jahrgang. Es liegt deshalb nahe, nochmals zusammenfassend auf den Gesamtinhalt des ersten Jahrgangs zurückzukommen. Während im ersten Heft in ausgezeichneter Weise die Schwierigkeiten der Staatshaushalte beleuchtet wurden, das zweite Heft den Problemen der Selbstverwaltung und das 3. Heft der Kompetenzabgrenzung gewidmet war, ist mit diesem 4. Heft über Agrarpolitik und Fortwirtschaftsrecht ein weiteres, ebenso wichtiges Gebiet erschlossen und in gründlicher Untersuchung behandelt worden. Es scheint deshalb sehr erwünscht, daß die Zeitschrift von den Verwaltungen und allen im Wirtschafts- und politischen Leben stehenden Menschen besonders beachtet wird, und daß die Vorschläge, die durch ihre Objektivität und als Ergebnisse gründlicher Untersuchungen besonders wichtig sind, bald verwirklicht werden. Der vollständige Jahrgang kostet in Reinen gebunden 16,50 RM, das Einzelheft 4,20 RM. Verlag G. Braun in Karlsruhe.

## Das Aufkommen aus Landes- und Gemeindesteuern

Durch die Verordnungen über Finanzstatistik sind laufende Erhebungen über die Einnahmen aus Steuern angeordnet worden, die sich nicht nur auf die Reichsteuern, sondern auch auf die Steuern der Länder und Gemeinden erstrecken. Diese Erhebungen erfolgen für die Länder monatlich, für die Gemeindeverbände und Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern vierteljährlich, während die Steuereinnahmen der Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern nur jährlich erfasst werden sollen.

Das Statistische Reichsamt hat im letzten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ zum erstenmal die Ergebnisse dieser Erhebungen in der Zeit von April 1926 bis Dezember 1927 bekanntgegeben. Uns interessieren hier in erster Linie die Einnahmen aus Landes- und Gemeindesteuern, die freilich insofern unvollständig sind, als die Steuereinnahmen der Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern vollkommen fehlen. Das fällt zwar für die Gesamtentwicklung der Steuern nur wenig ins Gewicht, wohl aber bei der Betrachtung der Erträge aus einzelnen Steuerquellen, namentlich also für die Realsteuern und für die Gemeindesteuern im engeren Sinne.

Wie alle Steuereinnahmen, so sind auch die Landes- und Gemeindesteuern im Laufe der beiden Jahre, auf die sich der Bericht erstreckt, erheblich gestiegen, nämlich um 311 Millionen Reichsmark oder um etwa 46 Proz. Unter diesen Einnahmen sind weitestens die wichtigsten die sog. Realsteuern, also die Steuern vom Grundbesitz, vom Gewerbebetrieb, sowie die Hauszins- oder Gebäudeentgeltsteuer. Im Jahre 1927 erbrachten die Steuern vom Grundbesitz und Gewerbebetrieb zusammen rund 1,56 Milliarden Reichsmark, ferner die Gebäudeentgeltsteuer oder Hauszinssteuer etwa die gleiche Summe. Dazu kommen etwa 250 Millionen Reichsmark aus den Steuern vom Vermögenverkehr. Aus Getränkesteuern gingen 55 Millionen Reichsmark, aus Grundsteuern 48 Millionen Reichsmark und aus sonstigen Verbrauchs- und Aufwandsteuern 26 Millionen Reichsmark ein. Bei allen diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß die Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern fehlen, und daß gerade diese zum Teil erhebliche Einnahmen aus diesen Steuern schöpfen. Immerhin zeigen auch die aufgeführten Ziffern, daß die Landes- und Gemeindesteuern nicht bedeutungslos sind, wenn sie auch an Ertragskraft erheblich hinter den Reichsteuern zurückbleiben. Erwähnt sei, daß sowohl die Einnahmen aus den Gemeindegetränkesteuern wie die aus den kommunalen Vergütungssteuern zurückgegangen sind. Hierbei ist, was die Getränkesteuern anbetrifft, die Befreiung des örtlichen Wein- und Branntweinverbrauchs von der Getränkesteuer ausschlaggebend gewesen. Bemerkenswert hoch sind die Einnahmen der Gemeinden aus den Grundsteuern.

Alles in allem ergibt man jedoch auch aus dieser Erhebung, daß die Steuerhöhe der Gemeinden außerordentlich eng begrenzt ist, und daß selbst die eigenen Steuern der Länder an Bedeutung weit hinter den Reichsteuern zurückbleiben. Die Finanzwirtschaft der Länder und noch mehr die der Gemeinden ist unter dem heutigen Steuerherrschaft ganz und gar von dem Eingang der Reichsüberweisungen abhängig. Von einer gemeindlichen Selbstverwaltung kann in finanz- und steuerpolitischer Hinsicht heute ernstlich nicht mehr die Rede sein.

## Aus der Landeshauptstadt

**Fremdenverkehr in der Stadt Karlsruhe im ersten Halbjahr 1928.** Im ersten Halbjahr 1928 sind in Karlsruhe 55 572 Fremde abgestiegen. Das ist der beste Besuch in dem jeweils ersten Kalenderhalbjahr seit der Stabilisierung der Währung; es kamen nämlich im ersten Halbjahr 1927 2 128 Fremde weniger nach Karlsruhe, im Jahre 1926 2953, 1925 841 und im ersten Halbjahr 1924 11 270 weniger, als im ersten Halbjahr 1928. Trotz dieser erfreulichen Zunahme ist die Besuchsziffer des ersten Halbjahres 1913 immer noch nicht erreicht worden. Damals suchten 6800 Fremde mehr als jetzt Karlsruhe auf. Der beste Monat in der Berichtszeit war, wie vielfach im ersten Halbjahr, der Juni mit 12 346 Fremden — der schlechteste der Februar, in dem nur 7538 Fremde Karlsruhe besuchten. Besser als im Vorjahr waren alle Monate bis auf März und Mai, in denen jeweils 40—50 Fremde weniger hierher kamen. Im Vergleich zum Vorjahr war besonders gut Juni, Februar und Januar. Zufriedenstellend war der Besuch von Ausländern; sie sind mit 4714 Personen vertreten. Auch hier zeigt sich ein ganz erhebliches Plus gegenüber den früheren Jahren, gegenüber dem ersten Halbjahre 1926 und 1927, um fast 900 bzw. 600 Personen. Am Verkehr im ersten Halbjahr 1913 fehlten aber immer noch rund 1400 Ausländer. Damals umfaßte der Ausländerverkehr 9,5 Prozent des Gesamtverkehrs. Jetzt beträgt er 8,5 Prozent, ist aber seit 1925 von Jahr zu Jahr gestiegen.

## Staats- und Gemeindebehörden

sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung, der **Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger**

Eine große landwirtschaftliche Organisation sucht auf 1. Oktober einen

## Direktor

(Landwirt, Volkswirt, Jurist). Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert. Bewerbungen unter S. 813 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

**Freihändler  
Aushilfsverkauf.**

Forstamt Herrnwies in Forbach (Baden). Donnerstag, den 16. August 1928: 1600 fm Kadelstammholz aller Klassen. Losbezugsweise durch das Forstamt Herrnwies (Forbach 15). S. 813

**Wähl.** S. 512 Güterrechtsregister Bd. I S. 35: Alois Huber, Landwirt in Ottersweier, und Rosa geb. Heid. Vertrag vom 3. Mai 1921 mit Nachtrag vom 12. Juni 1928 allgemeine Gütergemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Ehefrau. Wähl. 31. Juli 1928. **Bad. Amtsgericht.**

**N. 507. Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Tabakfabrik Geropp & Co., G. m. b. H.** in Karlsruhe, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. **Karlsruhe, 24. Juli 28. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.**

**N. 508. Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Ernst Marx, Haushaltungsgeschäft** in Karlsruhe, Luisenstr. 58, wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. **Karlsruhe, 18. Juli 28. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.**

**Karlsruhe und Mannheim auf der Amsterdamer Olympiade.** Die olympischen Spiele brachten am gestrigen Tage im 800-Meter-Lauf f. Damen einen glänzenden Sieg der Frau **Kadde-Watshauer** in einer neuen Weltrekordzeit von 2,16,8 Min. Frau Kadde ist eine gebürtige Karlsruherin, die sich nach Breslau verheiratet hat. — Der Olympia-Achter der Mannheimer „Amicitia“ schlug im ersten Vorlauf seinen Gegner Frankreich mit 5 Rängen. Die gefahrene Zeit des auf der 2000 Meter langen Rennstrecke des Stoten-Kanals ausgetragenen Rennens betrug 6,33 Min.

**36huter Oberrheinischer Schachkongreß.** Der Karlsruher Schachklub wird zur Feier seines 60jährigen Bestehens den diesjährigen Kongreß des Oberrheinischen Schachbundes als Jubiläumskongreß in der Zeit vom 22. bis 26. August abhalten. Als Turnierjahr ist die Glashalle des Stadtgartens auszuwählen, die auch schon den 1. Kongreß im Jahre 1911 beherbergte. Das Hauptereignis ist natürlich das Meisterturnier um die Meisterschaft des Oberrheinischen Bundes für 1928. Baden und die Pfalz haben ungefähr 20 Schachspieler, die sich für dieses Turnier bisher qualifiziert haben. Von diesen haben bereits 11 ihre Teilnahme zugesagt.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.** Das mit der Kaltluft herangezogene Zwischenhoch hat sich nordöstlich von uns festgesetzt und verläßt sich dort infolge anhaltender Zufuhr von Polarluft über Skandinavien. Wir können daher weiterhin mit frischen östlichen Winden und heiterem Wetter rechnen. Wetterausblick für Samstag: Weist heiter und trocken bei frischen östlichen Winden, tagsüber etwas wärmer.

## Kurze Nachrichten aus Baden

**bl. Heidelberg, 2. Aug.** Zum 11. August trifft hier ein Sonderzug mit 1000 Reichsbannerleuten von München ein. Am Montag, den 13. August, vormittags, trifft ein Sonderzug von Frankfurt kommend, mit 500 Leipziger Reichsbannerleuten ein.

**bl. Großschäfen (bei Weinheim), 2. Aug.** Gestern nachmittag 4 Uhr riß bei dem durchfahrenden D-Zug zwischen hier und Ladenburg plötzlich die Kuppelung, so daß der Zug in zwei Teile zerfiel und auf offener Strecke halten mußte. Die Fahrgäste wurden tüchtig durcheinandergeschüttelt. Glücklicherweise ereignete sich dabei kein Unfall.

**D. Bruchsal, 3. Aug.** Beim Eisenbahnunglück in Dintelshoben verunglückten auch Frau und Kind des Kaufmanns R. Käha von hier. Mit leichten Verletzungen wurden sie ins Krankenhaus gebracht. Ihr Befinden gibt zu Beforgnissen keinen Anlaß. Außerdem befanden sich Monteur Boos und seine Nichte im Unglückszug. Beide sind mit dem Schrecken davongekommen.

**D. Raftatt, 3. Aug.** Der auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedene Geistliche Professor Dr. Wilhelm Göttemann wird am morgigen Samstag vormittag nach einem Trauergottesdienst in der Pfarrkirche in Gernsbach beigesetzt.

**bl. Freiburg, 2. Aug.** Hier sind 57 Engländer und Engländerinnen eingetroffen (Kinder und Erwachsene), die sich an einem internationalen Ferienkurs beteiligen. Gestern kamen 50 Franzosen, 44 Kinder und 6 Erwachsene, heute kommen noch 21 Kinder aus dem Rheingebiet, Westfalen, Hessen, Württemberg und Baden, sowie aus dem Saargebiet. Insgesamt werden 145 Kinder und 88 Erwachsene an dem Ferienkurs teilnehmen.

**D. Neuron, 1. Aug.** Fürst Friedrich von Hohenzollern hat über 200 Morgen Acker und Wiesen samt den landwirtschaftlichen Gebäuden, die bisher der Erbschaft nur nachweise überlassen waren, dem Kloster als Eigentum übergeben.

**D. Schwaningen (A. Waldsüt), 2. Aug.** Als heute vormittag die Familie Johann Wächle, Eltern und 2 Kinder von 5 und 8 Jahren, unter eine Tanne vor einem Gewitter Schutz suchten, schlug der Blitz in den Baum und traf die ganze Familie, die gelähmt wurde. Der 8jährige Knabe und die Mutter haben schwere Verbrennungen am Körper erlitten, während der Vater und das 5jährige Mädchen mit leichten Verletzungen davonkamen. Der Vater konnte noch um Hilfe rufen und ein herbeieilender Arzt brachte die vier Personen in einem Auto nach Hause.

**bl. Singen a. S., 3. Aug.** Medizinalrat Dr. Stadler, der verdienstvolle Leiter des alten Krankenhauses, der am 17. Juli seinen 60jährigen Geburtstag feierte, wird nach 33jähriger Praxis die Stadt Singen verlassen, um nach Bayern zu übersiedeln.

**W. V. Friedrichshafen, 2. Aug.** Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Pläne für die Zoppelin-Probefabriken in den Einzelheiten noch nicht festgelegt sind. Was bisher darüber geschrieben wurde, beruht auf Kombinationen. Die Maybach-Motoren werden gegenwärtig einem 40stündigen Probelauf unterzogen.

## Verschiedenes

**Start polnischer Ozeanflieger**  
W.D. Le Bourget, 3. Aug. (Tel.) Die polnischen Flieger Dzitowski und Kubala sind heute früh 5.48 Uhr zu ihrem Ozeanflug nach New York gestartet.

**Courthney gerettet**  
Der englische Flieger Courthney, der von den Azoren nach Neufundland fliegen wollte, aber auf dem Meer 500 englische Meilen von den Azoren niedergehen mußte, und Notrufe ausgesandt hatte, ist vom Dampfer „Rinnemaska“ gerettet worden.

**Raubüberfälle in Frankreich**  
W.D. Paris, 3. Aug. Wie aus Pau gemeldet wird, sind gestern vormittag fünf spanische Automobilisten in den Pyrenäen auf französischem Boden von zwei bewaffneten Räubern überfallen worden. Einer der Reisenden, der sich verteidigen wollte, wurde durch einen Revolverbeschuß verletzt. Die Räuber bemächtigten sich sodann der gesamten Kasse der Reisenden in Höhe von 3000 Franken und ergriffen die Flucht. — Schon vor zwei Tagen war unter den gleichen Umständen ein Kaufmann aus Paris auf der spanischen Seite der Grenze überfallen und um 10 000 Franken beraubt worden.

**W.D. Paris, 3. Aug. (Tel.)** In Marseille wurde gestern mittag der Kassierer einer Eisenbahngesellschaft von einer Gruppe von fünf Männern, die ihm in einen Straßenbahnwagen gefolgt waren, in einer belebten Straße der Stadt überfallen. Die Angreifer nahmen ihm den Betrag von etwa 8000 Franken ab und verletzten ihn, als er sich zur Wehr setzte, durch einen Revolverbeschuß an der Schulter. Es gelang den Tätern, zu entkommen.

**„Elegante Welt.“** Die soeben erscheinende neueste Nummer behandelt alle aktuellen Themen aus den Gebieten der Damen- und Herrenmode und des gesellschaftlichen Lebens anhand wirkungsvoller illustrierter und feinsinnig geschriebener Artikel. Die wertvollen Informationen, die sie geben, verbinden sich mit dem hohen ästhetischen Vergnügen, das die Lektüre der „Eleganten Welt“ in ihrer stilvollen geschmackvollen Ausgestaltung vermittelt. (Verlag der „Eleganten Welt“ Dr. Sells-Göbler, Berlin.)

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Devisennotierungen

	3. Aug.		2. Aug.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.14	168.48	168.26	168.60
Kopenhagen 100 Kr.	111.82	112.04	111.84	112.06
Italien . . . 100 L.	21.905	21.945	21.905	21.945
London . . . 1 Pf.	20.333	20.373	20.38	20.78
New York . . . 1 D.	4.189	4.197	4.1885	4.1965
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.38	16.42
Schwiz . . . 100 Fr.	80.615	80.775	80.625	80.785
Wien 100 Schilling	59.055	59.175	59.075	59.195
Prag . . . 100 Kr.	12.412	12.432	12.412	12.432

**Der Londoner Feingoldpreis.** Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaufungsstelle vom 1. Aug. 1928 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 1½ d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,777 Pence.

## Staatsanzeiger

### Personeller Teil

**Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten**  
Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Ernannt:  
Zum Gendarmeriekommissar Gendarmerieoberwachmeister Wilhelm Lay in Bfhl.

**Justizministerium**  
Befördert:  
Gerichtsverwalter Wilhelm Klein beim Amtsgericht Ettlingen als Justizinspektor zum Amtsgericht Karlsruhe, Justizinspektor Bertin Winterhalter beim Amtsgericht Karlsruhe zum Amtsgericht Ettlingen.

**Ausgabe von Sonntagsrückfahrkarten am Verfassungstage**  
Die Ausgabe von Sonntagsrückfahrkarten im Verfassungstage Baden anlässlich des Verfassungstages erstreckt sich auch, soweit Karten ausliegen, auf Verbindungen nach anderen Reichsbahndirektionsbezirken.

## Öffentliche Verbandssparkasse Pfullendorf

### Geschäftsbilanz auf 31. Dezember 1927

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
1. Liegenschaften . . . . .	45 100,—	1. Guthaben der Einleger:	
2. Hypotheken . . . . .	138 944,59	a) Spareinlagen . . . . .	1 157 337,34
3. Darlehen an Gemeinden . . . . .	211 940,06	b) Giro- und Scheckeinlagen . . . . .	56 796,34
4. Grundstückskaufgelder . . . . .	88 551,—	2. Anlehenskapitalien . . . . .	18 604,23
5. Lombarddarlehen . . . . .	6 540,—	3. Sonstige Kapitalschulden . . . . .	9 305,98
6. Schuldseindarlehen auf Bürgschaft . . . . .	95 223,20	4. Aufwertung . . . . .	67 592,26
7. Wechseldarlehen . . . . .	4 169,85	5. Ausgaberrückstände . . . . .	2 542,55
8. Darlehen in laufender Rechnung:		Summa . . . . .	1 312 178,70
a) bei Banken, Girozentralen und Postsparkassen . . . . .	175 641,84	Die Aktiva betragen . . . . .	1 319 006,40
b) bei Privaten . . . . .	475 487,53	Geschäftsgewinn 1927 . . . . .	6 827,70
9. Einnahmerückstände . . . . .	40 676,76	hievu	
10. Kassenvortrat . . . . .	28 625,82	Rücklagen aus früheren Jahren . . . . .	9 305,98
11. Gerätschaften u. Materialien . . . . .	8 105,75	Reinvermögen . . . . .	16 133,68
Summa . . . . .	1 319 006,40		

Pfullendorf, den 1. Mai 1928. **Verwaltungsrat.** S. 503

Termin zur Verhandlung hier, Akademiestraße 8, 2. Stock, Zimmer Nr. 139. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8 zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. **Karlsruhe, 31. Juli 1928. Badisches Amtsgericht A 8.**